

Christina Dinar

Flüchtlingsfeindlichkeit im Netz entgegentreten –

Wie kann Gegenrede in eine pädagogische Praxis übersetzt werden?

Als im vergangenen Jahr vermehrt Geflüchtete in den deutschsprachigen Raum Schutz suchen, beginnen auch die User*innen sozialer Netzwerke (z. B. Facebook, Twitter und Youtube) sich in Postings und Kommentaren darüber auszutauschen. In vielen Formen treffen Jugendliche und junge User*innen in diesem Kontext auf explizit rassistische und flüchtlingsfeindliche Aussagen und Kommentare oder beteiligen sich selbst daran. In dieser Situation, in der viele menschenverachtende, flüchtlingsfeindliche Postings im sozialoffenen Raum des Web 2.0 formuliert werden, ist auch die pädagogische Praxis gefragt einen Umgang damit zu finden. Was genau kann ich in einer solchen Situation als Pädagog*in/ Lehrer*in tun? Wie kann ich in meiner Arbeit mit jungen Menschen die digitale soziale Lebenswelt mitbedenken und sie in einer Arbeitsweise, die sich Vorurteilen und ihrer Verstärkung und Verbreitung entgegensetzt, unterstützen?

Häufig beziehen sich Vorurteile auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (wie Rassismus, Homophobie, Antisemitismus, Sexismus), die sich durch den Onlineaustausch verstärken können und einladen, Gruppen weiter zu diskriminieren oder auch in verfestigte, radikalisierte und antidemokratische Weltbilder abzurutschen.

Sogenannte Counterspeech („Gegenrede“) mit Betroffenen und auch aktiv beteiligten Schüler*innen zu entwickeln, kann eine Möglichkeit sein, sich aktiv mit dem Verbreiten rassistischer, homophober, islamfeindlicher Vorurteile in sozialen Netzwerken auseinanderzusetzen und Menschen bei ihrem Weg zu unterstützen, sich menschenrechtsorientiert in die Onlinedebatte einzubringen.

Counterspeech ist Gegenrede: Sie spricht sich direkt oder indirekt gegen Hass-Erzählungen aus; arbeitet mit (ideologischer) Überzeugung, Logik, Fakten oder Humor, sie bemüht sich um eine alternative Erzählung zu leider zu gängigen Hassreden z. B. gegenüber Flüchtlingen. Hassrede im Netz (auch Hatespeech genannt) ist ein sprachlicher Ausdruck von Hass gegen Personen oder Gruppen, insbesondere durch die Verwendung von Ausdrücken, die der Herabsetzung und Verunglimpfung dieser Bevölkerungsgruppen dienen. Diesem entschieden mit positiven Geschichten über soziale Werte wie Toleranz, Vielfalt, Freiheit, Demokratie statt Radikalisierung, Hass, Gewalt entgegentreten und möglicherweise zu erklä-

ren, wie Demokratie und Politik funktioniert – evtl. auch einzelne politische Entscheidungen zu Stande kommen – kann Teil von einer aktiven Gegenrede sein.

Counterspeech geht davon aus, dass es in einer Onlinedebatte nicht nur diejenigen gibt, die diskriminierend handeln und die davon Betroffenen, sondern auch solche, die still mitlesen, die sich einbringen würden, wenn sie dazu eingeladen, antizipiert, motiviert werden. Die Gegenrede versucht also nicht nur aktiv gegen ein im sozialen Netzwerk geposteten Vorurteil und gegen Rassismus entgegenzugehen, sondern alle im digitalen Raum mitzudenken, auch die stillen Mitlesenden.

Diskriminierungen nicht einfach stehen lassen, sondern sie gemeinsam mit Schüler*innen oder Jugendlichen aufzuarbeiten, sie sichtbar machen und sich durch Counterspeech in öffentlichen Onlinedebatten in den sozialen Netzwerken einzubringen, ist ein Art der Möglichkeit, die Dimension Web 2.0 zu nutzen.

Folgende Aspekte sollten bei dem Einsatz von Counterspeech im pädagogischen Feld beachtet werden:

Digitalen Lebensraum von Jugendlichen ernst nehmen

- Das Web 2.0 ist ein Sozialraum, der Teil der Lebenswelt von jungen Menschen und Jugendlichen ist. Nehmen Sie als Pädagogin/ Lehrer*in ihn ernst und besonders dann, wenn dort Diskriminierungen oder auch Mobbing untereinander stattfinden.

Quellen und Faktencheck

- Handelt es sich um ein Posting, das evtl. in Bezug auf Geflüchtete eine Quelle nutzt, wie z. B. ein Bild, eine Zahl, einen Artikel mit einer Argumentation? Dann prüfen Sie die Quelle gemeinsam mit den Schüler*innen und Jugendlichen. Lassen Sie das Bild z. B. durch eine Googlebildersuche laufen und schauen Sie, wo es noch verwendet wird. Lassen Sie ganz „klassisch“ die Quellen nach stichhaltigen Fakten recherchieren, möglicherweise auch die genannten Zahlen. Erarbeiten Sie mit den Jugendlichen/ Schüler*innen mögliche andere Fakten bzw. Alternativquellen. Suchen Sie nach dem Kontext der Quelle, in welchem Zusammenhang wird sie genannt?

Nachfragen

- Auch erstmal einfaches Nachfragen kann hilfreich sein und bringt manchmal eine schnelle Lösung. Verständnisfragen decken manchmal schnell kommunikative Missverständnisse auf und geben dem/der User*in die Chance, das Posting selbst zu überprüfen und zu reflektieren. Möglicherweise kann das Nachfragen durchaus eine Gegenargumentation befeuern. Wenn nach dem Nachfragen weitere größere Themen und Diskriminierungen benannt werden, ist es besonders wichtig zu überlegen, ob die diskriminierende oder vorurteilsbehaftete Position womöglich dazu da ist, den Raum zu nutzen um der Mitleserschaft noch mehr zu zeigen wie legitim solche Meinungsäußerungen sind.

Diskriminierungen und Strategien entlarven und benennen

- Es ist wichtig, Diskriminierung und menschenverachtende Äußerungen im Netz als solche zu benennen, vor allem, um sie nicht als etwas Normalisiertes stehen zu lassen und es als vermeintlich legitim erscheinen zu lassen. Bei einem rassistischen Posting die Strategien benennen: „Ist Ihnen klar, dass das rassistisch war?“. Erfolgt ein Themenhopping durch das Gegenüber (viele verschiedene Themen werden auf einmal angesprochen), sollte sich der/die Gesprächspartner*in auf *ein* Thema festlegen und dies auch kommunizieren („Du hast jetzt viele Themen angesprochen, ich möchte mir Dir aber nur über diesen einen, z. B. rassistischen Aspekt, hier diskutieren“). Auch kann es in Bezug auf Debatten um Flucht helfen, inhaltlich mit den Themen Menschenrechte und Gleichwertigkeit zu argumentieren und dort zu bleiben, anstatt Nützlichkeitsdiskurse über „gute“ und „schlechte“ Migrant*innen zu beginnen.

Organisierte Rechtsextreme im Netz in der Diskussion erkennen

- Verschiedene rechtsextreme Strömungen und Akteur*innen haben gemein, dass sie an eine Ideologie der Ungleichwertigkeit glauben und diese auch aktiv in die sozialen Netzwerke verbreiten wollen. Für sie sind soziale Netzwerke ein Ort der Verbreitung solcher Ideologie, Propaganda und auch der Rekrutierung aus der politisch-gesellschaftlichen Mitte durch die Ansprache einer „besorgten Bürgerschaft“. Diese wird bei ihren vermeintlichen Sorgen um emotionale Themen „abgeholt“, z. B. in Bezug auf eine plötzlich platzierte Geflüchtetenunterbringung in der Nachbarschaft. Emotionale Themen wie diese, aber auch Kindesmissbrauch oder Umweltschutz, Positionen „gegen“ die sich Einzelne selbst sehr schlecht stellen können, werden als Scharnierposition genutzt, um Ungleichwertigkeit und rassistische Ideologie als legitim darzustellen und ein berechtigtes Anliegen zu propagieren. An dieser Stelle wird versucht User*innen zu mobilisieren und oft ist die rechtsextrem strategisch organisierte Urheberschaft solcher Seiten/Diskussionen einer „besorgten Bürgerschaft“ zunächst nicht ersichtlich. Eine besondere Rolle spielen auch rechtsextreme, weibliche User*innen, die sich zu Themen wie Kindererziehung, Familie und Sexualitätsvorstellungen äußern und so als Eintrittsort in eine rechte Szene fungieren, in der aus rassistischen Vorurteilen verengte Weltbilder der Ungleichwertigkeit entstehen. Achten Sie darauf, ob eine solche Strategie genutzt wird, um ungleichwertige, rassistische Argumente durch vermeintliche Themen legitim erscheinen zu lassen.

Rechtliche und juristische Dimensionen mitdenken

- Die großen Onlineplattformen wie Facebook und Youtube haben Communitystandards, die sich entschieden gegen Formen der Diskriminierung (z. B. Rassismus) stellen. Hasskommentaren kann in jedem Fall zur Löschung in einem Meldeverfahren begegnet werden. Wie schnell die Plattformen und bei welchen Dingen genau sie reagieren, bleibt jedoch häufig besonders in Bezug auf Rassismus intransparent. Erfah-

rungen haben gezeigt, dass ein Aufruf an viele Beteiligte, vermehrt zu melden, funktionieren kann, da häufig problematische Postings mit vermehrten Meldungen prioritär behandelt werden. Prinzipiell werden jedoch Postings, die direkt und klar gegen juristische Bestimmung in Deutschland verstoßen (wie z. B. das Benutzen von verfassungsfeindlichen Symbolen n. § 86a StGB oder auch die Leugnung des Holocaust n. § 130 StGB Volksverhetzung), schnell bearbeitet und gelöscht. Wichtig ist auch, dass beteiligte Jugendliche Meldeverfahren von ihren genutzten Plattformen kennen und anwenden können. Probieren Sie einfach mal praktisch mit den Jugendlichen durch, wie eine Meldung funktionieren kann.

Bereiten Sie Plan B vor

- Bereiten Sie die Schüler*innen auf Widerspruch vor. Überlegen Sie schon im Vorfeld, was passieren könnte und wie man sich möglicherweise als Gruppe bei der Gegenargumentation gegenseitig unterstützen und Feedback geben kann. Gehen Sie verschiedene Gegenargumente durch und spielen Sie verschiedene Möglichkeiten durch, wie hier in der Gegenrede argumentiert werden kann.

Sich mit Gegenrede/ Counterspeech in Onlinedebatten einzubringen oder vor allem Jugendliche dazu zu befähigen, sich aktiv in sozialen Netzwerken gegen aktuelle Bezüge wie flüchtlingsfeindliche Postings zu stellen, ist wichtig, auch um eine Zivilgesellschaft zu stärken, die online viel sichtbarer werden muss. Aktive Zivilgesellschaft muss auch ihre digitale Dimension mitbedenken.

Unterrichtsmaterial zu Anwendung in der Schule:

<http://www.medien-in-die-schule.de/unterrichtseinheiten/hass-in-der-demokratie-begegnen/>

Autorin

Christina Dinar, Leitung „no-nazi.net“ – für Soziale Netzwerke ohne Nazis der Amadeu Antonio Stiftung.

Kontakt: christina.dinar@amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de